

Produkte könnten Marktordnungen geschaffen werden, die einen gesicherten Absatz bei kostendeckenden Preisen garantieren. Weiter wäre es dann sofort möglich, den Klein- und Mittelbetrieben zu Lasten des Rüstungshaushaltes durch den Staat technische Hilfe zu geben. Viele Formen der gegenseitigen Hilfe und gemeinschaftlichen Arbeit sowohl auf dem Gebiet der Produktion als auch auf dem Gebiet des Absatzes könnten helfen, sich soweit wie möglich gegen die Konkurrenz der Großbetriebe zu schützen. Der Import müßte auf den echten Bedarf beschränkt werden.

Auch die westdeutschen Bauern werden eines Tages den genossenschaftlichen Weg gehen, weil sie nur so den Druck des Finanzkapitals abschütteln und sich endgültig befreien können.

Heute schon könnten wirtschaftliche und soziale Reformen durchgeführt werden, die den westdeutschen Bauern und Bäuerinnen solche Errungenschaften bringen, wie sie für uns Genossenschaftsbauern in der DDR bereits selbstverständlich sind. So zum Beispiel die Brechung des Bildungsprivilegs, damit die Bauern- und Landarbeiterkinder dieselben Möglichkeiten zum Lernen und zum Studieren haben wie die Kinder reicher Eltern. So zum Beispiel die Einführung einer einheitlichen Sozialversicherung für die Bauern mit der Zahlung von Krankengeld im Krankheitsfälle sowie Unfall- und Altersrenten.

Unsere Regierung hat der Bonner Regierung einen Sieben-Punkte-Vorschlag über ein Abkommen der Verunft und des guten Willens zwischen der DDR und der Bundesrepublik unterbreitet. Im Rahmen eines solchen Übereinkommens wäre es auch möglich, auf dem Gebiet der Landwirtschaft eine paritätisch zusammengesetzte Kommission beider Regierungen zu bilden, um auch auf agrarpolitischem Gebiet beiden Regierungen Vorschläge zu unterbreiten. Das Berlin-Abkommen vom Dezember 1963 hat gezeigt, daß solche Schritte der Annäherung und Verständigung möglich sind.

Wir wenden uns deshalb an alle westdeutschen Bauern, sich an dem vom Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, in Gang gebrachten offenen Gespräch zu beteiligen. Wir schlagen vor, daß noch mehr als bisher Delegationen westdeutscher Bauern sich von unseren Lebens- und Arbeitsbedingungen überzeugen und daß Genossenschaftsbauern die Gelegenheit erhalten, darüber in Bauernversammlungen in den westdeutschen Dörfern zu berichten. Das würde helfen, viele durch die antikommunistische Hetze der

Bonner Regierung entstandene falsche Vorstellungen zu beseitigen und eine ganze Reihe die Bauern beider deutscher Staaten interessierende Fragen zu lösen.

Ungeachtet der unterschiedlichen wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung der Landwirtschaft in beiden deutschen Staaten haben wir Bauern doch ein gemeinsames Anliegen: Wir sind interessiert an der Verminderung der Spannungen, an der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten durch einen Nichtangriffspakt und durch Abrüstungsmaßnahmen und an der Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges, an Frieden und Sicherheit. Wir Genossenschaftsbauern der DDR werden unsere ganze Kraft einsetzen, um durch die Steigerung der Erträge und die weitere Festigung der LPG unsere Republik weiter zu stärken und damit unsere westdeutschen Berufskollegen in ihrem Kampf gegen Militarismus und Ausbeutung zu unterstützen.

Genossenschaftsbäuerinnen und Genossenschaftsbauern, Traktoristen, Arbeiter der VEG, Agrarwissenschaftler, Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung!

Vom VIII. Deutschen Bauernkongreß gehen entscheidende Impulse für die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben aus. Der nächste, unmittelbare Schritt, die Zukunft zu meistern, ist die gute Frühjahrsbestellung, denn mit der Saat werden entscheidende Voraussetzungen für eine reiche Ernte in diesem Jahr und für die weitere Steigerung der Produktion im nächsten Jahr geschaffen.

Es gilt, schon mit Beginn der Frühjahrsbestellung 1964 die Erkenntnisse und Lehren des VIII. Deutschen Bauernkongresses anzuwenden, um

- die Fruchtbarkeit unserer Böden zu erhöhen;
- den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu meistern und den Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in Angriff zu nehmen;
- die Leitung und Organisation der genossenschaftlichen Produktion entsprechend dem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung und der sozialistischen Betriebswirtschaft aufzubauen.

Unternehmen wir alle Anstrengungen, damit unsere Genossenschaften sozialistische Großbetriebe mit hohen Erträgen und einer hohen Arbeitsproduktivität werden!